

Richtung ihre Zuverlässigkeit getan haben und die zur örtlichen Führerschaft erforderlichen Eigenschaften besitzen. Oft erfolgt die Wiederwahl nur deshalb, weil die jüngeren Kollegen sich nur schwer zur Annahme eines Amtes entschließen. Da muß oft zugeredet und gebettelt werden, um jemand zur Übernahme eines Vorstandesamtes zu bewegen. An solchem Orte braucht man sich dann auch nicht zu wundern, wenn unsere Sache keine Fortschritte macht. Nur wenn namentlich die an der Spitze stehenden Kollegen mit Lust und Liebe dabei sind, wenn sie freudig und aus freien Stücken ihre besten Kräfte daraneben, die Gewerkebewegung zu fördern, kann ein Erfolg erwartet werden. Deshalb halten wir es für unsere Aufgabe, die denkenden und wirklich vorwärtsstrebenden Kollegen an ihre Pflicht zu erinnern, sich nicht zu drücken, wenn es gilt, ein Vorstandesamt zu übernehmen, sondern sich willig in den Dienst unserer guten Sache zu stellen, damit wir überall die tüchtigsten und eifrigsten Mitglieder an die Spitze bekommen. Eigentlich ist dies eine Selbstverständlichkeit. Insofern ist die Erfahrung lehrte, daß nicht immer nach diesen Grundsätzen verfahren worden ist. In der jetzigen Zeit der Kürzung aber, wo es mehr denn je gilt, dafür zu sorgen, daß unsere Sache sich durchsetzt, ist es ein dringendes Gebot der Stunde, daß überall überaus genaue, arbeitsfreudige und befähigte Männer und Frauen die örtliche Leitung in der Hand haben. Das dies geschieht, dafür möge bei den Wahlen Sorge getragen werden.

Kündigung der Tarife im Holzgewerbe. Die drei Holzarbeiterorganisationen haben beschlossen, die alten Verträge, welche mit dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen waren und die bis zum 15. Februar 1920 Gültigkeit hatten, am 15. November 1919 zu kündigen und zwar durch die Ortsverwaltungen. Unter den neu aufgestellten Forderungen ist eine solche um Erhöhung der Löhne um 50 Pfg. die Stunde enthalten. Im Hinblick auf die gewaltige Steigerung der Preise für die Lebenshaltung ist eine solche Forderung wohl berechtigt.

Es wäre gewiß, so schreibt dazu die "Eiche", uns allen lieber gewesen, wenn der unangelegte Fall einträten wäre, die Lebenshaltung sich verbilligt hätte, eine solche neue Lohnforderung uns erpart geblieben wäre. Es ist nicht unsere Schuld, wenn es anders gekommen ist. Solange ein solcher Wider- und Zögerer in unserer Reihen unseres Volkes herrscht, müssen sich solche Folgen eben einstellen. Die Arbeiter können wie die Tiere heute liegen — ohne eine Erhöhung ihres Einkommens die Preise für die Lebenshaltung zu erhöhen zuuern usw. nicht mehr bezahlen. Eine Erhöhung der Löhne ist unumgänglich notwendig, obwohl wir uns Leumut sind, daß diese Schraube ohne Ende toll zu werden droht. Wir müssen, wenn es besser werden sollte, eben mit allen Mitteln verhindern, diesen unangenehmen Kreislauf ein Ende zu bereiten. Mit den härtesten Maßnahmen muß gegen das Zögern und Hintertreten vorgegangen werden, wenn wir in geordnete Bahnen kommen wollen.

Neue „Gewerkschaftsbanken“ an der Arbeit. Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hat bekanntlich mit der alten Wirtschaft gründlich aufgeräumt. Nicht allein, daß man den bisherigen Vorstand so gut wie ganz beiseite hat, der Verband sollte — so wurde markt-schreierlich verkündet — den revolutionären Klassenkampf in unverfälschter Form führen, das Mit- und Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder in weitgehendem Sinne gewährleistet werden. So ließ es in Stuttgart, jetzt aber, wo die neuen Machtüber in Zetteln sitzen, schlagen sie wesentlich andere Töne an. In einem Kundendreiben vom 8. November, das an die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes peridiert ist, heißt es u. a.: Aus dieser Situation rückt sich mit zwingender Notwendigkeit, bei allen weiteren Subbewegungen darauf zu sehen, daß dieselben möglichst auf dem Verhandlungsweg durchgeführt werden. Erst die letzte Generalversammlung hat beschlossen, daß die gesetzlichen und tariflichen Schlichtungsausschüsse angerufen werden müssen, ehe einschneidend über die vorher einzuhaltenden Zustimmung des Vorstandes die Arbeit niedergelegt werden darf. Sehr häufig werden diese wichtigen Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Durchführung von Lohnbewegungen nicht beachtet und die Arbeit entgegen allen gewerkschaftlichen Grundregeln und gegen die elementarsten Bestimmungen des Verbandsstatuts niedergelegt. Die Kollegen schreiben zur Arbeitsunterbrechung, ohne auch nur vorher dem Vorstand und der Geschäftsleitung irgend eine Mitteilung über die Absicht

des Eintritts in eine Lohnbewegung gemacht zu haben und ohne sich im geringsten darüber klar zu werden, woher die Unterbrechungsgelder für die in solchen Räumlichkeiten nicht-bezugsberechtigten Mitglieder genommen werden sollen. Ist der Streit dann erloschen, dann verlangt man vom Vorstand nachträglich die Zustimmung zur Arbeitsunterbrechung und die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung auch der nicht bezugsberechtigten Mitglieder. So nun und darf es nicht weitergehen, man nicht die Organisation schwächen, nicht wieder gutzumachenden Schäden erleiden soll.

Die Verwaltungen müssen in erster Linie darauf sehen, daß die Verbandskollegen von der Aufstellung unersetzlicher Forderungen, Abschaffung der Arbeitsarbeit, Wirtschaftsbüchlein absehen und ferner streng darauf achten, daß erst alle sich bietenden Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden, ehe die Mitglieder zur Abstimmung über den Eintritt in einen Streit zusammenberufen werden und der Antrag auf Streikung der hochbetragten Arbeitsunterbrechung an den Vorstand gestellt wird. Ohne Zustimmung des Vorstandes darf die Arbeit nicht niedergelegt werden; geschieht es dennoch, so werden die Mitglieder auf jede Unterbrechung.

Gegen den Inhalt dieser Seite läßt sich sachlich nichts sagen, aber wir vermögen dabei auch nicht den geringsten Unterschied herauszufinden zwischen der früheren und der jetzigen Praxis. Die neuen Herren in Stuttgart beweisen damit, daß auch sie nur mit Wasser spielen können und daß ihre hochbetragenden Heiden auf dem Verbandstage nichts waren als leere Phrasen, die nur dem Zweck dienen, den Delegierten Zaudern in die Augen zu streuen und den Vorstandeswechsel durchzuführen. Jetzt pfeift der Wind aus einer andern Luke. Durch ihr Kundendreiben haben die Herren Brandes, Tiffmann und Müller selbst ihre Demagogie am deutlichsten abgedummt.

Die Angst vor der Mitgliederzunahme spricht aus einem Artikel „Kritische Zeiten“ in der „Holzarbeiterzeitung“, wo es am Schluß heißt: „Der gewaltige Zustrom neuer Mitglieder in die Gewerkschaften ist an sich doch erfreulich. Er kann ein tiefer Gewinn für die Arbeiterbewegung sein, wenn es gelingt, dem Zuwachs den gemeinschaftlichen Geist einzuimpfen. Die Bemühungen, die Gewerkschaften in den Dienst parteipolitischer Bestrebungen zu stellen, würden wie der Sturm, der an unserm Markt naht. Wird ihnen nicht rechtzeitig Einhalt getan, dann wird der mächtig aufgeblühte Baum unserer Gewerkschaftsbewegung fern und unfähig, den Stürmen standhalten. Das ist keine erfreuliche Perspektive. Aber das Aussprechen einer unangenehmen Wahrheit ist der Tatsache viel dienlicher als schmeicheleiche Beschönigungen. Beugen wir vor, ehe es zu spät ist.“

Die Entwicklung der Verhältnisse in den freien Gewerkschaften läßt diese Warnung durchaus berechtigt erscheinen. Wenn sie nur nicht schon zu spät kommt. In unseren Gewerkschaften haben wir parteipolitische Bestrebungen niemals aufkommen lassen, und das war, wie die Dinge sich entwickelt haben, recht gut. Aber auch bei uns ist eine stark Mitgliederzunahme zu verzeichnen. So erfreulich diese Tatsache an sich auch ist, so legt sie uns doch die Pflicht auf, die Reuekommenen zu echten Gewerkschaftern zu erziehen. Diese Aufgabe ist so wichtig, daß sie nirgends unterläßt werden darf.

Beleuchtete Zahlung der Baukostenzuschüsse. An der Aufbringung der Baukostenzuschüsse sind bekanntlich Reich, Staat und Gemeinde beteiligt. Auf die staatliche Seite zu leistenden Beiträgen werden von den Gemeinden Vorberichte geleistet, für die in einzelnen Fällen bereits beträchtliche Mittel aufgewendet werden mußten. Um nun in dieser Hinsicht für die Gemeinden eine Erleichterung zu schaffen und in der Erstattung der Baukostenzuschüsse keine Verzögerungen eintreten zu lassen hat der Minister für Volkswohlfahrt über Anträge auf Darlehen und endgültige Zahlungen der Baukostenzuschüsse, die durch Reichsbescheide zweckhaft sind, selbstständig zu entscheiden und die Beiträge unmittelbar zu verbuchen. Damit ist eine weitestgehende Befreiung des Reichs aus dem Bereich der Baukostenzuschüsse und die Lage der Gemeinden in dankenswerter Weise erleichtert.

Ausbau des preussischen Wohnungsministeriums. Eines der größten Hindernisse für die zeitgemäße Reform unserer Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse in Preußen lag bis vor nicht langer Zeit bekanntlich in der großen Zersplitterung der einschlägigen Befugnisse der Staatsleitung auf sechs oder sieben verschiedene Ministerien. Diesem unangenehm lähmenden Zustande ist im Frühjahr 1918 durch Schaffung eines Staatskommissariats für das Wohnungs-

wesen in Preußen, in dem der größte Teil der in Frage kommenden Befugnisse zusammengefaßt wurde, ein Ende gemacht worden. Das Staatskommissariat ist dann in dem vor kurzem gegründeten Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt aufgegangen, und damit hat dieses auch die zusammengefaßten Befugnisse im Wohnungsweien erhalten.

Aber auf das Staatskommissariat waren doch noch keineswegs alle einschlägigen Befugnisse übertragen; wichtige Stücke waren noch bei einzelnen anderen Ministerien verblieben. Dergleichen haben sich die großen Organisationen der Wohnungsreform wie z. B. der Deutsche Verein für Wohnungsreform und der Deutsche Wohnungsausschuss wiederholt gewandt. Nun ist durch Beschluß der preussischen Staatsregierung vom 7. November d. J. die Zuständigkeit des neuen Ministeriums für Volkswohlfahrt endgültig geregelt worden. Bei dieser Gelegenheit hat man das bisher verbliebene nachschalt und diesem Ministerium, das namentlich als das Wohnungsministerium für Preußen zu betrachten ist, in der Hauptsache auch die eben erwähnten bis her noch fehlenden Stücke der Zuständigkeit zugewiesen, so daß es namentlich wohl fast alle Befugnisse der staatlichen Zentralleitung auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungsweiens in sich vereinigt. Insbesondere wurden ihm jetzt auch übertragen die bisher dem Ministerium des Innern obliegende Mitwirkung in Angelegenheiten der inneren Kolonisation, ferner die Bildung und erste Beaufichtigung von Siedlungs-gesellschaften, die bisher das Finanzministerium innehatte, während das Staatskommissariat bzw. das Ministerium für Volkswohlfahrt die Gesellschaften erst auf einer späteren Stufe ihrer Entwicklung übernahm. Ferner ist dem Ministerium für Volkswohlfahrt zugeteilt worden die Mitwirkung bei der Vorbereitung staatlichen Tomänen- und Fortbeweises für Wohnungsweien und in gewissen Fällen auch für Siedlungsweien, und es dürfte damit eine wichtige Vorrichtung geben die bisher so oft zu besorgender einseitig fiskalischer Verwertung des staatlichen Grundbesitzes getroffen sein. Endlich hat das Ministerium für Volkswohlfahrt auch für die das Wohnungs- und Siedlungsweien sehr wichtige Arbeit über die Hypothekendarlehen erhalten die bisher das Landwirtschaftsministerium ausübte; dagegen ist diesem letzteren die Bearbeitung der Angelegenheiten des geplanten Siedlungsweiens verblieben.

Dem Ministerium für Volkswohlfahrt ist außerdem durch den Beschluß der Staatsregierung ein weiter Kreis von Aufgaben zugewiesen worden, die zwar nicht unmittelbar zum Wohnungs- und Siedlungsweien gehören, wohl aber mit ihm in engerem Zusammenhang stehen, so z. B. das Pflegeunterweien, die Kleinfunder- und Schulfunderfürsorge außerhalb des Schulbetriebs, die Jugendpflege an der idulkentlassen Jugend und die ländliche Wohlfahrtspflege. Es ist also auch auf diese Weise die notwendige Zusammenfassung der sachlich zusammenhängenden Geschäfte in beträchtlichem Grade erreicht. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß dieser ganze organisatorische Fortschritt in erheblichem Maße der Sache des Wohnungs- und Siedlungsweiens zugute kommen wird.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge bildete vor einigen Tagen der Gegenstand einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium, an der Vertreter der Erwerbslosenfürsorge in den Einzelstaaten, der Wissenschaft sowie der Interessenten teilnahmen. In seinem einleitenden Bericht wies der Minister des Reichsarbeitsministeriums (Geheimrat Dr. Beger) darauf hin, daß angesichts der wirtschaftlichen Notlage noch nicht an einen Abbau der Erwerbslosenfürsorge gedacht werden kann, daß aber die Mittel von der Fürsorge ausgeschaltet werden mußten, die bisher zu Unrecht Unterhaltungen erhalten hätten. In dieser Hinsicht sind gezielte Maßnahmen bereits eingeleitet. Es ist nicht zu verkennen, daß die bisherige positive Form der Erwerbslosenfürsorge für unsere Wirtschaft hemmende Momente geschaffen hat. Mit Ablauf dieses Jahres wird eine Milliarde Mark für Erwerbslosenunterstützung auszugeben werden sein. Eine zweite Milliarde wird bis zu dem genannten Zeitpunkt für die Unterhaltung der öffentlichen Arbeiten aus Reichsmitteln gezahlt werden. Es besteht nun die Pflicht, die Anwesenheit solcher öffentlicher Notstandsarbeiten eng mit der Frage der Unterhaltung der Erwerbslosen zu verbinden, womöglich auch wiederum nicht verkannt werden soll, daß solcher produktiven Erwerbslosenfürsorge ebenfalls noch Mängel anhaften. Die erste Aufgabe muß vorerhand darin bestehen, die vorhandenen Arbeitsgelegenheiten be-

Ausgabe von 9 Mark wird in der jetzigen Zeit niemand als ausreichend bezeichnen können. Das Mindeste, was zu verdienen hätte, wäre eine Verdoppelung der Miete, d. h. eine Erhöhung um 100 Prozent, wie sie bereits mehrfach angeregt worden ist. Das wäre bei dem gegenwärtigen Geldwert immer noch wenig genug; aber die Rentempfänger wären doch wenigstens vor dem Schlimmsten bewahrt. Hoher das Geld genommen werden soll, das zu überlegen, ist nicht unsere Aufgabe, sondern die der Regierung. Ob diese, wie es wohl angebracht wäre, in tragend einer Weise die Industrie mit zu den Kosten heranzieht, ob sie einen Teil der durch die neuen Steuergesetze zu erwartenden Einnahmen zu dem angeregten Zwecke verwendet, das soll uns gleich sein. Für uns ist die Hauptsache doch für die Renteneinkäufer etwas Tuschelreifebes geschieht, und zwar je idellener, desto besser. Die Not schreibt zum Himmel.

Die Tragikomödie der Washingtoner Arbeiterkonferenz.

Es ist und bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß, wie man auch zu Einzelheiten stehen möge, das Deutsche Reich schon vor Ausbruch des Krieges auf dem Gebiete der Sozialpolitik an der Spitze der Völker marschierte. Seit der Einführung der Republik war das Streben der Regierung darauf gerichtet, die sozialpolitischen Einrichtungen auszubauen, die Rechte der Arbeiter zu erweitern. Es gibt in der ganzen Welt keine Arbeiterklasse, die in sozialpolitischer Hinsicht besser gestellt ist als die Deutsche. Es gibt aber auch keine, die besser organisiert ist, unbeschadet dessen, daß es bei uns mehrere Richtungen gibt, die im Grunde genommen denselben Ziele aufstreben und nur verschiedene Wege dazu benutzen.

Da wäre es doch eigentlich selbstverständlich gewesen, daß auf der internationalen Arbeiterkonferenz, die auf Grund des Versailler Friedensvertrages im Ende Oktober nach Washington einberufen wurde, um eine internationale Regelung der Arbeiterfragen herbeizuführen, die deutsche organisierte Arbeiterklasse nicht nur als gleichberechtigter Faktor gehört wurde, sondern daß man ihren Vordrängen und Anregungen besondere Beachtung geschenkt hätte. Aber die Weltbewohner, die das Teufelswerk des Versailler Friedensvertrages zustande gebracht haben, wollten es anders. Nur die Nationen sollten auf der Konferenz in Washington sich vertreten lassen dürfen, die als Mitglieder des Völkerbundes zugelassen werden. Weil Deutschland und Österreich dazu nicht gehörten, sollten sie auch von der Arbeiterkonferenz ausgeschlossen sein.

Der internationale Gewerkschaftsverband, der Ende Juli in Amsterdam stattfand, erkannte deutlich die Diktatorität dieser Auffassung und beschloß, die Beteiligung der internationalen Gewerkschaften an der Washingtoner Tagung von der Teilnahme der Deutschen und Österreicher abhängig zu machen. Trotzdem blieb eine Einladung an diese aus. Eine Vermittlungsaktion der Gewerkschaften der neutralen Länder scheiterte zunächst, weil den Deutschen und Österreichern nicht die volle Gleichberechtigung mit allen andern Konferenzteilnehmern zubilligt werden sollte. Nach weiteren Bemühungen gelang es dann doch, vom Obersten Rat in Paris eine Zulassung auf Grundlage der Deutschen und ihrer Verbündeten als vollberechtigte Teilnehmer an der Konferenz zu erwirken, worauf die deutsche Regierung die Entsendung einer Delegation beschloß, der u. a. auch unser Kollege Orfelens angehören sollte.

Wie ernst bei den Alliierten die Teilnahme der Deutschen Delegierten gemeint war, das zeigt deutlich der weitere Verlauf der Dinge. Nachdem bei uns endlich über die Personfrage und den Termin der Abreise der Delegation eine Einigung erzielt war, worüber die Konferenz ihre Aufgaben längst begonnen hatte, war es trotz lebhafter Bemühungen nicht möglich, eine Überfahrtsangelegenheit nach Amerika zu beschaffen. Man denke: Es handelte sich darum, vielleicht zwei Tausend Menschen die offiziellen Vertreter einer Regierung an einer ebenso offiziellen Konferenz zu transportieren, und dazu bot sich keine Möglichkeit. Der in unserer vorigen Nummer veröffentlichte Aufruf der deutschen Delegation trich die Hände. Da zeigte sich ein neuer Hoffnungsstern. Nachdem in Washington die Vertreter von sozialistischen wie Venezuela, Brasilien, Neuseeland schon einige Wochen über wichtige Arbeiterfragen beraten hatten, kam an die Deutschen die Nachricht, daß in einigen Tagen in dem schwedischen Hafen Göteborg ein Schiff bereitliegen würde, um sie nach Amerika hinüberzubringen. Die Deutschen fuhren dann auch

schleunigt ab und erreichten rechtzeitig die schwedische Küste. Inzwischen hatte man vorläufigerhand in Washington angefragt, ob denn die deutsche Delegation auch noch so zeitig einreisen könne, daß sie entscheidend an den Beratungen teilnehmen in der Lage wäre. Darauf kam eine Antwort, die besagte, sie möge nur abreisen, da die Konferenz bis mindestens Mitte Dezember dauern würde. Richtig aber traf dann am 17. November eine Nachricht der schwedischen Gesandtschaft ein, daß die internationale Arbeiterkonferenz bereits Ende November auseinandergehe, also zu einem Zeitpunkt, an dem die Deutschen gerade drüben gelandet wären. Unter diesen Umständen hielt es die deutsche Regierung mit Recht für geboten, ihrer Delegation ein Telegramm zu senden, das sie auch unmittelbar vor der Einschiffung noch erreichte, des Inhalts, daß die Konferenz in Washington sich ihrem Ende näherte und daß deswegen die Abreise der Delegation unterbleiben müsse. Das ist denn auch geschehen, und die Delegierten sind mittlerweile wieder in ihre Heimat zurückgekehrt.

Damit haben die Drahtzieher in Paris ihr Ziel erreicht, die internationale Konferenz ohne die verhassten Deutschen zu Ende zu führen. Sie haben erreicht, daß die Arbeiter der sozialistischen und assoziierten Länder nicht mit den Deutschen in Berührung kamen, wodurch sie offenbar große Angst haben, aber auch weiter, daß bei der Arbeit in Washington nicht allzuviel herauskommt. Doch darüber wird später noch ein Wort zu reden sein, wenn das Ergebnis der Beratungen abgeschlossen vorliegt. Jedenfalls ist es geradezu ein Schicksal, daß man von den Beratungen über Achtstundentag, über Kinder- und Jugendländers, über die Errichtung eines internationalen Arbeitsamts und ähnliche Fragen ausgerechnet die deutschen Arbeiter ausgeschlossen verstanden hat, während der Beteiligung von Arbeitern aus Ländern, in denen so gut wie kein Arbeiterkampf besteht, keinerlei Schwierigkeiten im Wege standen. Und so soll die internationale Regelung der Arbeiterfragen zustande kommen! Ein besteht kein Zweifel, daß man in Paris, von wo aus man die Teilnahme der Deutschen an der Konferenz von vornherein nicht wollte, ein abgezeichnetes Kämpfspiel getrieben und wohl überlegt bis zum Ende durchgeführt hat. Kapitalistische Streiche haben dahinter gestanden, um zu verhindern, daß die Arbeiter der ganzen Welt darüber aufgeklärt würden, wie ein wirklicher internationaler Arbeiterkampf aussehen muß. Das ist der Sinn der ganzen Geschichte. Dasselbe ist das Ziel gelinuen und nichts mehr daran zu ändern. Ein zweiter solcher Versuch wird nach unserer Überzeugung am geündeten Sinn der Arbeiterklasse der ganzen Welt scheitern.

Praktische Winke für Kleinwohnungen.

Einige bemerkenswerte praktische Winke für Kleinwohnungen kann man einer Abhandlung von Dr. B. Biepfing, Berlin-Grünwald, in dem Oktoberheft der Zeitschrift „Die Gartenkunst“ entnehmen. (Züriffleiter Gartendirektor Seide-Frankfurt a. M.) Der Aufsatz behandelt die Anordnung der Vergaleute in dem Dorie Paringshausen a. Teicher bei Hannover. Es ist dort eine große Wohnanlage mit einer Belegung von über 200 Mann und Hunderte von Bergamanshäusern gehören zu dem Dorie. Die Vergaleute haben sich da aus sich heraus, ohne besondere behördliche Fürsorge, eine schöne Anordnung geschaffen, und es ist lehrreich, zuzusehen, welche Wege sie dabei gegangen sind.

Bemerkenswert ist da zunächst einmal, daß sich die Vergaleute ihr Haus aus dem alten niederländischen Bauernbau heraus entwickelt haben. „Eine Zeitlang bauten auch hier die Vergaleute, wie anderswo die Hofschularchitekten, „moderne“. In Paringshausen ist man zum guten Alten freudig zurückgekehrt, und man hat es nicht bereut. Die Bauart der Häuser war bis zum Ablauf des vorigen Jahrhunderts durchweg Eichenholzwert und 14 Zentimeter Mauerwerk. Biepfing schätzt die Lebensdauer eines solchen Hauswerkes bei guter Instandhaltung auf 5-600 Jahre. Bemerkenswert ist aber weiter auch, daß zu jedem Hause ein Garten von 1/4 bis 1/2 preukischen Morgen gehört und außerdem in der Hofmark zumist 2 Morgen eigenes oder Pachtland. „Fast der gesamte Jahresbedarf an Gemüse, Kartoffeln, Getreide und Obst wird selbst geerntet, und ich habe selten eine so hohe Garten- und Feldkultur gesehen wie hier. Das Calenbergerland erinnert in dieser Beziehung stark an Holland.“

Besonders wichtig erscheint aber auch, daß fast jedes Haus für zwei Wohnungen berechnet ist. Biepfing sagt hierüber: „Ich habe mich eingehend über den Zweck unterrichtet und ge-

funden, daß dieser Umstand bei der Neuplanung von Siedlungen unbedingt berücksichtigt werden muß. Es gibt doch Witwen, Wäitwer, kinderlose Eheleute, Jungverheiratete, die noch nicht im Besitze von Kindern oder der zum Hausbau notwendigen Mittel sind, und desgleichen ältere Leute, deren erwachsene Kinder außer dem Hause ihre Brotstelle gefunden haben, Jungfrauen, die Schneiderinnen, Schuhmacherinnen oder Wäscherinnen u. dal. sind. Die Zahl aller dieser ist Legion. Wo aber gedachte der moderne Siedlungsbaue ihrer in gebührender Weise? Meines Wissens in ausreichendem Maße nirgendwo. Lernen wir daher aus dem vom Arbeiter geschaffenen Beispiel, Man kann nun einwenden: Was nützt ein Eigenheim, wenn doch noch eine fremde Familie mitwohnt? Gewiß eine sehr berechtigte Frage. Und dennoch ist eine jede weite Wohnung vermietet, und beim Neubau wird stets eine zweite Wohnung wieder vorgesehen. Wir sollten daher diesem Umstand auch Rechnung tragen bei der Planung neuer Siedlungen.“

Gewiß werden diese aus der Paringshäuser Anordnung geschöpften Lehren keine unbedingte Allgemeinmaßregeln beanspruchen können, aber andererseits ist es sicher von größtem Werte für die jetzt in so atrophem Umfang im Ganze befindliche Schaffung von Kleinwohnungen, solche ähnliche wichtige Beispiele aus dem Leben auf das sorgfältigste zu studieren und zu beachten.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 28. November 1919.
In der Zentralratsitzung am 14. November begrüßte der Vorsitzende Kollege Gleichauf die infolge der Mitgliederzunahme neu eintretenden Vertreter des Gewerkschaftsverbandes der Metallarbeiter Wendt, Klein und Park. Nach Entgegennahme des Revisionsberichts für das 3. Quartal, der wie stets zu keinerlei Erörterungen Anlaß gab, beschloß sich der Zentralrat nach einem einleitenden Bericht des Verbandsvorsitzenden Kollegen Hartmann mit der Technischen Rothilfe, die in der Ansprache als eine durch die Zeitverhältnisse bedingte Notwendigkeit anerkannt wurde, da die lebenswichtigen Betriebe, durch deren Einstellung oder Vernachlässigung Leben und Gesundheit des Volkes in Gefahr geraten, unbedingt geschützt werden müssen. Soweit das ohne Zuhilfenahme der Technischen Rothilfe nicht möglich ist, stehe der Beteiligung der Gewerkschaften an der Technischen Rothilfe nichts im Wege; es wird ihnen völlig freigestellt, sich in dieser Weise zu betätigen. Eine entsprechende Entschädigung wurde angenommen.

Für die Sekretariate in Frankfurt a. Main und Worms wurden den Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses entsprechende Zusätze auf ein Jahr bewilligt. Den Verbandsbeamten eine Erhöhung der Teuerungszulage. Sodann berichtete Kollege Lewin über die Bemühungen, Arbeiter als Hilfsbeamte zur Gewerbeaufsicht heranzuziehen. Mit Rücksicht auf die wegen der schlechten Finanzlage Preussens für diesen Zweck in Aussicht gestellten geringen Mittel haben die Organisationszentralen einseitigen davon Abstand genommen, Vorschläge zu machen. Weiter machte derselbe Kollege Mitteilungen über die Reorganisation des deutschen Gewerkschaftsbundes. Redner erklärte, daß er die im Ausschuss vertretenen Grundzüge und damit die weitere Mitarbeit im Gewerkschaftsbund entschieden abgelehnt habe. Der Zentralrat billigte diese Stellungnahme einstimmig, womit der Verband der Deutschen Gewerkschaften seinen Austritt aus dem Deutschen Gewerkschaftsbund erklärt hat. Weitere Mitteilungen des Kollegen Neufeldt betrafen die Umfrage über die Verteilung der Mitgliederemulare des Verbandsorgans, über die eine völlige Ueberereinstimmung erzielt werden konnte, und die Reichsarbeitsgemeinschaft. Zum Schluß berichtete Kollege Neufeldt über den Besuch einiger Ortsverbände in Schwien, der eine gute Entwicklung unserer Bewegung erkennen ließ.

Die Vorstandswahlen finden in diesen Wochen in den Ortsvereinen statt, und in kurzer Zeit werden auch die Wahlen zu den Ortsverbandsausschüssen bzw. Vorständen getätigt werden. Nicht immer wird dieser Angelegenheit, deren allseitige Lösung von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung unserer Bewegung ist, die entsprechende Beachtung geschenkt. Instatt unbedingt die Ehrfurcht und Befähigten mit der Führung zu betrauen, begnügt man sich in den meisten Fällen, die alten Kollegen einfach wiederzuwählen. Dagegen läßt sich natürlich gar nichts einwenden, wenn die Betreffenden nach jeder

